



Linksrutsch verhindern - unsere Positionen gegen Rot-Rot-Grün

Die Bundestagswahl im September wird eine Richtungsentscheidung für Deutschland. Entweder es geht weiter aufwärts in Deutschland mit einer unionsgeführten Bundesregierung, die für Sicherheit, Wohlstand und klare Werte steht. Oder es geht abwärts mit Deutschland durch Rot-Rot-Grün. Denn ein Linksbündnis aus SPD, Grünen und Linkspartei bedeutet: Steuererhöhungen, Multikulti, außenpolitische Isolation und eine familienfeindliche Politik. Davor müssen wir unser Land bewahren. Mit unseren Positionen können wir die Linksfront stellen und einen Linksrutsch verhindern!

Innere Sicherheit

Rot-Rot-Grün	CSU
<p>Rot-rot-grün steht für Täterschutz vor Opferschutz. Alle Maßnahmen zur Verbesserung unserer Sicherheit werden grundsätzlich blockiert.</p>	<p>Die CSU ist die Partei der Inneren Sicherheit. Wir garantieren alles Menschenmögliche für den umfassenden Schutz unserer Bevölkerung zu tun. Wir stehen für Sicherheit durch Stärke.</p>
<ul style="list-style-type: none">• Verunglimpfung unserer Polizei: Renate Künast, Simone Peters und Co. äußern regelmäßig völlig unangebrachte Kritik an der Arbeit unserer Polizei.	<ul style="list-style-type: none">• Wertschätzung für unsere Polizei: Wir stehen an der Seite unserer Polizei, schätzen ihre Arbeit wert und unterstützen sie mit optimaler Ausstattung.
<ul style="list-style-type: none">• Kein Einsatz der Bundeswehr im Inneren: Der Bundeswehreinsatz im Inneren wird von Rot-Rot-Grün kategorisch abgelehnt. Eine Ausweitung der Befugnisse zur Unterstützung der Polizei wird als nicht erforderlich erachtet.	<ul style="list-style-type: none">• Bundeswehr im Anti-Terror-Kampf einsetzen: Unsere Bundeswehr muss im Inneren eingesetzt werden können- besonders bei Terrorattacken oder der Grenzsicherung. Eine Änderung des Grundgesetzes soll das klarstellen.
<ul style="list-style-type: none">• Keine Ausweitung der Videoüberwachung: Rot-Rot-Grün blockiert den bundesweiten Ausbau von Videoüberwachung. Stattdessen bittet die rot-rot-grüne Landesregierung in Berlin nach dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt um Handy-Videos vom Tatabend.	<ul style="list-style-type: none">• Mehr Videoüberwachung: Wir wollen mehr Videoüberwachung gegen Kriminelle und eine Software zur Gesichtserkennung.
<ul style="list-style-type: none">• Cannabis legalisieren: Grüne und Linke wollen den Verkauf und Konsum von Cannabis legalisieren.	<ul style="list-style-type: none">• Null Toleranz gegen Drogen: Wir sagen Nein zur Legalisierung von Cannabis.

Zuwanderung

Rot-Rot-Grün	CSU
<p>Rot-Rot-Grün verfolgt eine grenzenlose Zuwanderungspolitik: Jeder soll zu uns kommen können und einen umfassenden Leistungsanspruch haben.</p>	<p>Die CSU hat von Anfang an einen klaren Kurs in der Zuwanderungsfrage: Humanität für wirklich Schutzbedürftige, klare Regeln bei der Integration, Begrenzung der Zuwanderung für gelingende Integration.</p>
<ul style="list-style-type: none">• Doppelpass beibehalten: Rot-Rot-Grün verteidigt die Zulassung mehrerer Staatsbürgerschaften vehement. Die Optionspflicht für in Deutschland geborene Kinder wollen sie komplett abschaffen.	<ul style="list-style-type: none">• Keine Doppelte Staatsbürgerschaft - Rückkehr zur Optionspflicht: Die doppelte Staatsbürgerschaft hat sich als Integrationshindernis erwiesen. Deshalb lehnen wir es ab, dass Kinder ausländischer Eltern automatisch Deutsche werden. Der Optionszwang muss wieder gelten.
<ul style="list-style-type: none">• Unbegrenzte Asylrecht: Rot-Rot-Grün lehnt eine Obergrenze für Zuwanderung strikt ab.	<ul style="list-style-type: none">• Obergrenze festschreiben: Es ist unsere Pflicht, eine Überlastung von Staat und Solidargemeinschaft zu verhindern. Max. 200.000 neue Flüchtlinge pro Jahr bilden die Obergrenze für gelingende Integration. Dies muss gesetzlich festgeschrieben werden.
<ul style="list-style-type: none">• Einwanderungsgesetz: Rot-Rot-Grün will ein Einwanderungsgesetz, das Zuwanderung erleichtert und somit ein „Mehr“ an Zuwanderung ermöglicht durch Maßnahmen wie: Vorrangprüfung abschaffen, Probejahr zur Arbeitssuche, bedingungsloser Familiennachzug oder flexibler Wechsel vom Asyl- ins Einwanderungsrecht.	<ul style="list-style-type: none">• Einwanderungsbegrenzungsgesetz: Wir brauchen ein Begrenzungs- und Steuerungsgesetz, damit wir selbst entscheiden können, wer zu uns passt und wen wir brauchen. Vorrang haben für uns Zuwanderer, die sich kulturell gut integrieren lassen. Wir wollen am Arbeitsmarkt keine unnötige Konkurrenz zwischen Deutschen/EU-Bürgern und ausländischen Arbeitskräften schaffen. Einen fließenden Übergang vom Asyl- zum

	<p>Einwanderungsrecht wird es mit uns nicht geben.</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Keine weiteren sicheren Herkunftsländer: Die grün-regierten Länder blockieren die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer im Bundesrat und laden damit weiterhin zu Asylmissbrauch ein. Auch die Linke lehnt Regelungen zu sicheren Herkunftstaaten ab. 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung sicherer Herkunftsländer: Die Ablehnungsquote von Asylbewerbern aus Marokko, Tunesien und Algerien liegt bei 99 Prozent. Sie müssen dringend als sichere Herkunftstaaten eingestuft werden, damit wir Abschiebungen beschleunigen können und Asylmissbrauch verhindern.
<ul style="list-style-type: none"> • Abschiebungsblockade: Rot-grün und rot-rot-grün regierte Bundesländer entziehen sich ihrer Pflicht, Abschiebungen durchzuführen. Sie begehen damit einen klaren und offenen Rechtsbruch. 	<ul style="list-style-type: none"> • Schnell und konsequent abschieben: Wer nach einem rechtsstaatlichen Asylverfahren in Deutschland abgelehnt ist, der muss auch zurückgeführt werden.
<ul style="list-style-type: none"> • Politik der offenen Grenzen: Grüne und Linke wollen unbegrenzten Zustrom durch legale Fluchtwege. 	<ul style="list-style-type: none"> • Einreisekontrollen und Grenzsicherung: Im Interesse unserer Bürger und unserer Sicherheit müssen wir wissen, wer sich bei uns aufhält. Effektive Einreisekontrollen und die Sicherung unserer Grenzen sind dafür unerlässlich.
<ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung des Familiennachzugs: Grüne und Linke stehen für einen schnellen, unbegrenzten Familiennachzug. Die SPD fährt einen Zick-Zack-Kurs und möchte unter Kanzlerkandidat Schulz den Familiennachzug wieder ermöglichen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Klare Regeln für Familiennachzug: Wer ein dauerhaftes Bleiberecht hat, über eine eigene Wohnung verfügt und seinen Lebensunterhalt selbst verdient, kann seine Kernfamilie – bestehend aus Mutter, Vater und Kinder – nachholen. Für subsidiär Schutzbedürftige muss es auch weiterhin bei der Aussetzung des Familiennachzugs bleiben.

Familie

Rot-Rot-Grün	CSU
<p>Rot-Rot-Grün bedeutet einseitige Familienförderung und macht Ausnahmefälle zur Regel.</p>	<p>Wir fördern und unterstützen unsere Familien optimal. Familien haben bei uns echte Wahlfreiheit.</p>
<ul style="list-style-type: none">• Institution Ehe und Familie abschaffen: Rot-Rot-Grün will die Ehe für alle öffnen. Die Familie soll nach dem Wunsch von Grünen und Linken auf sogenannte soziale Eltern bzw. Co-Elternschaft ausgeweitet werden.	<ul style="list-style-type: none">• Schutz von Ehe und Familie: Wir stehen für das Leitbild von Ehe und Familie, ohne die Vielfalt der Lebenswirklichkeiten auszublenden. Das von der Mehrzahl der Menschen gelebte Modell von Mutter, Vater und Kindern darf keiner Relativierung ausgesetzt werden.
<ul style="list-style-type: none">• Ehegattensplitting abschaffen: Rot-Rot-Grün hält das Modell von Ehe und Familie für überholt und möchte das Ehegattensplitting deshalb abschaffen.	<ul style="list-style-type: none">• Ehegattensplitting erhalten und um Kindersplitting erweitern: Ehe und Familie stehen im Zentrum unserer Politik. Deshalb sagen wir Hände weg vom Ehegattensplitting es muss uneingeschränkt erhalten bleiben. Zusätzlich wollen wir ein Kindersplitting bei der Steuer, damit gerade auch Paare mit Kindern und Alleinerziehende profitieren.
<ul style="list-style-type: none">• Keine Konzepte zur Stärkung von Eltern, insbesondere von Müttern, bei der Rente: Die Rentenkonzepte von SPD und Grünen sehen keine weitere Stärkung von Müttern oder Eltern vor.	<ul style="list-style-type: none">• Volle Gerechtigkeit für Mütter bei der Rente: Wir fordern die Mütterrente II und damit die volle Gleichstellung für Mütter bei der Rente. Außerdem wollen wir Eltern durch einen Kinderbonus beim Rentenbeitrag entlasten.
<ul style="list-style-type: none">• Keine Eigentumsförderung für Familien: Die Familienpolitik von Grünen und Linken sieht keine Eigentumsförderung vor.	<ul style="list-style-type: none">• Eigentumserwerb für Familien fördern: Wir wollen Familien durch ein Baukindergeld und ein Familienbaudarlehen den Erwerb von Wohneigentum erleichtern.

Integration, Leitkultur und Zusammenhalt

Rot-Rot-Grün	CSU
<p>Rot-Rot-Grün steht für Multikulti in Deutschland. Integration wird dem Zufall und dem guten Willen überlassen. Eine Leitkultur lehnen sie strikt ab.</p>	<p>Für die CSU ist unsere Leitkultur der verpflichtend Maßstab für ein gelingendes Zusammenleben. Integration hat bei uns Richtung.</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Veränderung durch Zuwanderung erwünscht: Die Grünen freuen sich darauf, dass sich unser Land durch die Zuwanderung verändert. 	<ul style="list-style-type: none"> • Deutschland muss Deutschland bleiben, Bayern muss Bayern bleiben: Wer zu uns kommen will, hat sich nach uns zu richten. Richtschnur und Grundlage dafür ist unsere Leitkultur. Sie gehört in der Bayerischen Verfassung verankert.
<ul style="list-style-type: none"> • Christliche Feiertage abschaffen - muslimische Feiertage einführen: Rot-Rot-Grün steht für das Abschaffen stiller christlicher Feiertage und das Einführen von Feiertagen für Muslime. 	<ul style="list-style-type: none"> • Bayern ist und bleibt ein christlich geprägtes Land: Wir werden die christlichen Feiertage uneingeschränkt erhalten. Wir sind tolerant und respektvoll gegenüber anderen Religionen, aber wir führen keine islamischen Feiertage ein.
<ul style="list-style-type: none"> • Preisgabe unserer Werte: Rot-Rot-Grün treten ein für Winterfeste statt Christkindlmärkte, Lichterfeste statt St. Martinsumzüge, Kantinen ohne Schweinefleisch und gesonderte Badezeiten für Muslime. 	<ul style="list-style-type: none"> • Offensive Verteidigung unserer Werte: Wir wollen keine Selbstrelativierung unserer Werte, keinen vorauseilenden Gehorsam, keinen Verzicht auf unsere kulturellen Gepflogenheiten und keine Multi-Kulti Sonderformate in der öffentlichen Daseinsvorsorge.
<ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung der Förderung - Anpassung statt Forderung: Rot-Rot-Grün will die Unterstützung von Flüchtlingen bedeutend 	<ul style="list-style-type: none"> • Integration nach dem Grundsatz des Forderns und Förderns: Wer bei uns leben will, muss sich integrieren, unser Recht und

ausbauen. Statt Forderungen an die Integrationsbereitschaft, erteilen Grüne den Ratschlag, dass Deutsche Arabisch und Türkisch lernen sollten, um sich besser verständigen zu können.

unsere Gesetze achten, Deutsch lernen und seinen Lebensunterhalt selbst verdienen. Zuwanderung in die Sozialsysteme akzeptieren wir nicht. Wir werden die Integrationsbereitschaft künftig noch stärker einfordern als bisher. Das Gelingen der Integration ist Voraussetzung für ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht.

- **Burkas und Kopftuch dulden:** Vertreter von Rot-Rot-Grün sprechen sich immer wieder für das uneingeschränkte Tragen von Burka und Kopftuch aus.

- **Nein zu Burkas und Kopftuch:** Wir wollen das Tragen von Burka und Niqab in der Öffentlichkeit, wo immer dies rechtlich möglich ist, verbieten. Das Kopftuch akzeptieren wir weder im Öffentlichen Dienst noch in der Justiz.

- **Verständnis für Scharia und Kinderehen:** Aus den Reihen von Rot-Rot-Grün kann man Stimmen für die Scharia hören. Auch vor dem Verbot von Kinderehen wurde gewarnt

- **In Deutschland gilt ausnahmslos deutsches Recht, nicht die Scharia:** Wir lassen nicht zu, dass unter dem Deckmantel der „Kultursensibilität“ eine Aufweichung unserer Rechtsordnung betrieben wird. Eine Paralleljustiz und Kinderehen tolerieren wir nicht.

- **Kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-Ausländer:** Rot-Rot-Grün fordert das Wahlrecht für Migranten ohne deutschen Pass.

- **Nein zum kommunalen Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer:** Für uns gibt es eine klare Reihenfolge – erst kommt die Integration, dann der Pass und schließlich das Wahlrecht, nicht umgekehrt.

Soziale Sicherheit

Rot-Rot-Grün	CSU
<p>Rot-rot-grüne Sozialpolitik zielt darauf ab, den Leistungswillen der Bürger zu hemmen. Sie propagieren einen allumfassenden Versorgungsanspruch mit Vollkasko-Mentalität.</p>	<p>Die CSU steht für Leistungsfreude und Fairness. Uns leitet das Prinzip: Wer sich anstrengt, muss mehr haben, als derjenige, der dies nicht tut.</p>
<ul style="list-style-type: none">• Hartz IV-Sanktionen abschaffen: Rot-Rot-Grün bedeutet Belohnung von Leistungsverweigerern. Sowohl Grüne als auch Linke fordern, die Hartz-IV-Sanktionen (Kürzungen, Leistungseinschränkungen, Sperrzeiten) komplett abzuschaffen. Die Linke möchte darüber hinaus Hartz-IV durch ein bedingungsloses Grundeinkommen von 1.500 Euro für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen (auch Asylbewerber und hier lebende EU-Bürger) ersetzen.	<ul style="list-style-type: none">• Hartz-IV Sanktionen sind notwendig: Jeder kann sich darauf verlassen, dass ihm geholfen wird, wenn er sich selbst nicht helfen kann. Das gilt aber nicht für Menschen, die nicht wollen oder sich weigern. Um Missbrauch zu vermeiden, sind Sanktionen unerlässlich.
<ul style="list-style-type: none">• Arbeitslosigkeit fördern: Rot-Rot-Grün plant die Leistungen für Arbeitslosigkeit zu erweitern – das bedeutet Ansprüche schneller erwerben und Bezugszeitraum unter dem Deckmantel der Weiterbildung verlängern.	<ul style="list-style-type: none">• Arbeitslosigkeit schnellst möglich beenden: Wir stehen dafür, Arbeitslosigkeit nicht zu verlängern, sondern diese durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze schnellst möglich zu beenden.
<ul style="list-style-type: none">• Staatliche Alimentierung der Alterssicherung: Rot-Rot-Grün setzt sich für eine Solidarrente oberhalb der Grundsicherung ein, die diejenigen benachteiligt, die ein Leben lang gearbeitet und eigene Rentenansprüche erworben haben. Sie wollen aus der	<ul style="list-style-type: none">• Alterssicherung durch Leistung: Wer mehr eingezahlt hat, muss im Alter auch mehr bekommen – dafür steht unsere Leistungsrente. Wir wollen, dass der steigende Bedarf an staatlichen Mitteln für die Alterssicherung in die gesetzliche Rente investiert wird und nicht in die

leistungsgerechten Rente eine zweite Sozialhilfe machen. Selbstständige und Beamte sollen schrittweise in eine Pflichtversicherung gezwungen werden.

Grundsicherung. Eine Abkehr vom Leistungsprinzip wird es mit uns nicht geben.

- **Zwang zur Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege:** Rot-Rot-Grün will die bestehende Versicherungslandschaft auflösen und alle Bürger - auch Selbstständige und Beamte - in eine Einheitsversicherung zwingen.

- **Vielfalt für beste Gesundheitsversorgung:** Wir treten für eine vielgestaltige Versicherungslandschaft ein, in der verschiedene Modelle ihren Platz haben.

- **Gegen unsere Apotheken:** Rot-Rot-Grün unterstützt den Versandhandel mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln, der unsere Apotheken in Existenznöte bringt. Bereits seit Monaten blockiert die SPD die Versandhandels-Verbotspläne von CDU und CSU.

- **Für unsere Apotheken:** Eine flächendeckende Versorgung mit Apotheken ist für die CSU unabdingbar. Gerade ältere und chronisch Kranke Menschen sind auf eine wohnortnahe Versorgung angewiesen. Deshalb setzen wir uns für ein Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln ein.

Steuern und Finanzen

Rot-Rot-Grün	CSU
<p>Rot-Rot-Grün steht ganz klar für Steuererhöhungen, Entlastung durch Umverteilung und Bestrafung von Leistung.</p>	<p>Mit der CSU wird es die größte Steuersenkung aller Zeiten in Deutschland geben, denn Leistung muss sich lohnen. Wir kündigen nur das an, was wir solide finanzieren können – ohne höhere Steuern und ohne neue Schulden.</p>
<ul style="list-style-type: none">• Soli beibehalten: Mit Rot-Rot-Grün wird es den Solidaritätszuschlag bis zum Sankt-Nimmerleinstag geben. Sie wollen den Soli in die Einkommens- und Körperschaftssteuer integrieren, um eine dauerhafte Einnahmequelle für ihre Investitionen zu haben.	<ul style="list-style-type: none">• Soli abschaffen: Der Solidaritätszuschlag erfüllt mehr als 25 Jahre nach der Wiedervereinigung seinen Zweck nicht mehr. 2019 nach Auslaufen des Solidarpakts II soll er innerhalb von fünf Jahren kontinuierlich auf Null reduziert werden. Die Abschaffung des Soli ist die größte Steuersenkung aller Zeiten.
<ul style="list-style-type: none">• Massive Steuererhöhungen: Rot-Rot-Grün steht für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Erhöhung der Erbschaftssteuer und die Anhebung des Spitzensteuersatzes.	<ul style="list-style-type: none">• Keine Steuererhöhungen: Dieses Versprechen gilt auch in der nächsten Legislaturperiode. Das heißt auch: Keine Wiedereinführung der Vermögenssteuer und keine Verschärfung der Erbschaftssteuer. Außerdem sprechen wir uns dafür aus, die Grenze, ab der Spitzenverdiener mit dem Höchststeuersatz belastet werden, deutlich heraufsetzen.
<ul style="list-style-type: none">• Umverteilung statt wirkliche Steuersenkung: Mit Rot-Rot-Grün wird es Steuerentlastungen für kleine und mittlere Einkommen nur im Gegenzug zu massiven Steuererhöhungen für höhere Einkommen geben.	<ul style="list-style-type: none">• Steuerentlastung von mindestens 15 Milliarden Euro jährlich: Wir wollen, dass die Menschen am wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes teilhaben. Deshalb geben wir hart arbeitenden Menschen etwas zurück. Von der Steuersenkung sollen gerade kleine und mittlere Einkommen profitieren. Zudem soll der Spitzensteuersatz erst ab einer Einkommensgrenze von 60.000 Euro greifen.

Europa

Rot-Rot-Grün	CSU
<p>Rot-Rot-Grün fehlt es beim Thema Europa an inhaltlichen Gemeinsamkeiten. Die drei potentiellen Bündnispartner sind sich was Westbindung, die Nato-Mitgliedschaft und die Verlässlichkeit Deutschlands innerhalb der EU angeht, keinesfalls einig. Die Linke tendiert zur Renationalisierung, SPD und Grüne hingegen plädieren für eine stärkere deutsche Verantwortlichkeit in Europa.</p>	<p>Für die CSU ist klar: Wir brauchen Europa. Wirtschaftliche Stärke, sichere Arbeitsplätze und Einfluss in der Staatengemeinschaft gehen nur mit Europa. Aber wir wollen ein Europa, das sich nicht in alle Bereiche unseres Alltags einmischt. Ein Europa, das weniger zentralistisch und weniger bürokratisch ist.</p>
<ul style="list-style-type: none">• Mehr Geld für die EU: Bundesaußenminister Gabriel fordert, dass Deutschland bei den nächsten Verhandlungen über den EU-Haushalt anbieten soll, mehr Geld als bisher in die Gemeinschaftskasse einzuzahlen.	<ul style="list-style-type: none">• Deutschland ist schon größter Nettozahler: Gabriel kann seine Spendierhosen gleich wieder einpacken. Es ist absurd, wenn der größte Nettozahler der EU nach dem Willen des SPD-Außenministers noch tiefer für Europa in die Tasche greifen soll. Deutschland gibt, der Rest Europas nimmt, dieses Geschäftsmodell ist mit uns nicht zu machen. Europa braucht nicht mehr deutsches Geld, sondern es soll sich mehr auf seine Kernaufgaben konzentrieren.
<ul style="list-style-type: none">• Verantwortung abschieben: Sowohl Gabriel als auch Schulz drücken sich um die Einhaltung der NATO-Vereinbarung, wonach die NATO-Mitglieder bis 2024 mindestens zwei Prozent des BIP für Verteidigung ausgeben wollen.	<ul style="list-style-type: none">• Verantwortung übernehmen: Es ist unser langfristiges Ziel, uns den Nato-Vorgaben von zwei Prozent des BIP für Ausgaben im Verteidigungsbereich anzunähern und die Bunderwehr besser auszustatten. Der Europa-Trend zur Ausgabenkürzung in dem Bereich soll umgekehrt werden.
<ul style="list-style-type: none">• Mehr an Europa: Rot-Rot-Grün steht für ein Mehr an Europa – und nicht für ein besseres	<ul style="list-style-type: none">• Stärke durch Vielfalt: Mehr bedeutet nicht immer besser. Für die CSU liegt die Stärke

Europa. Wenn es nach dem Europapolitiker Schulz gegangen wäre, hätten wir nun eine Schuldenunion in Europa und Eurobonds. Wir hätten eine Vergemeinschaftung auf vielen Feldern.

Europas in der Vielfalt und hier im Besonderen in der Vielfalt in den Regionen und der Vielfalt aus der Subsidiarität heraus.

- **Wischi-waschi bei EU-Beitritt der Türkei:** Bis zuletzt hat der Kanzlerkandidat der SPD trotz Verstößen gegen Demokratie und Menschlichkeit an einer möglichen EU-Mitgliedschaft der Türkei festgehalten. *„Ich bin nicht für das Einfrieren. Ich bin dafür, mit der Türkei offen zu reden.“*

- **Klare Absage an einen EU-Beitritt der Türkei:** Eine Regierung, die ständig in Konflikt mit europäischen Grundüberzeugungen tritt, kann nicht ernsthaft Interesse an Beitrittsverhandlungen haben. Auch eine Visaliberalisierung ist für uns ausgeschlossen.

Landwirtschaft

Rot-Rot-Grün	CSU
<p>Rot-Rot-Grün stellt den Berufsstand der Landwirte undifferenziert an den Pranger. Mit der Kampagne der „Bauernregeln“ startete die SPD einen Feldzug zur Diskreditierung der Landwirte.</p>	<p>Wir sind stolz auf unsere landwirtschaftlichen Betriebe und Waldbesitzer. Sie erzeugen hochwertige Lebensmittel, erhalten unsere Lebensgrundlagen, versorgen uns mit nachwachsenden Rohstoffen und schaffen Lebensqualität.</p>
<ul style="list-style-type: none">• Misstrauen und Gängelung: Rot-Rot-Grün misstraut unseren Bauern und will die Bauern und ihre Familien unter Vorschriften und Auflagen ersticken.	<ul style="list-style-type: none">• Vertrauen und Wertschätzung: Wir sprechen uns gegen den Kontrollwahn und die bürokratische Gängelung unserer Landwirte aus. Wir vertrauen unseren Bauern und schätzen ihre Arbeit wert.
<ul style="list-style-type: none">• Abschaffung der Direktzahlungen: Rot-Rot-Grün entzieht der Masse der landwirtschaftlichen Betriebe das notwendige Einkommen und setzt damit ihre Existenz aufs Spiel. Das Ziel einer Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze in ländlichen Räumen wird dadurch konterkariert.	<ul style="list-style-type: none">• Erhalt der Direktzahlungen: Die Direktzahlungen sind ein wichtiger finanzieller Stabilitätsanker in immer schneller und stärker schwankenden Agrarmärkten. Sie tragen nicht nur zur Erreichung ökologischer, sondern auch agrarstruktureller und vielfältiger gemeinwohlorientierter Ziele, zu regionalwirtschaftlichen und landeskulturellen Leistungen landwirtschaftlicher Betriebe bei. Sie sichern Vielfalt und Vielzahl an selbständigen landwirtschaftlichen Betrieben.
<ul style="list-style-type: none">• Verklärtes Bild einer bäuerlichen Romantik: Rot-Rot-Grün prägt ein Bild der nostalgischen Landwirtschaft und lehnt den technischen Fortschritt und die dadurch erwachsenden Verbesserungen ab.	<ul style="list-style-type: none">• Anerkennung des Fortschritts in der Landwirtschaft: Wir stehen zur modernen Landwirtschaft, die durch den technischen Fortschritt Verbesserungen für Mensch und Tier erwirkt hat. Wir sind uns bewusst, dass nur dadurch eine weltweite Ernährungssicherung gewährleistet wird.

- **Konfrontation im Naturschutz:** Rot-Rot-Grün wirft den Bauern Ausbeutung vor. Sie setzen auf feste Regelwerke und Eingriffe ins Grundeigentum anstatt freiwilliger Vereinbarungen. Für sie spielen Biber, Kraniche & Co eine größere Rolle als der Mensch.
- **Kooperation im Naturschutz:** Wir brauchen kein Gesetz zur Ausweitung von Verboten und für mehr Eingriffe ins Grundeigentum. Der ländliche Raum braucht Entwicklungsmöglichkeiten. Wir unterstützen die bisherigen freiwilligen Initiativen, die mehr für den Naturschutz erreichen als die Verbote, die sich rot-rot-grüne Köpfe ausdenken. Ein auf breite Akzeptanz und Kooperation angelegter Naturschutz kann nur mit und nicht gegen die Landnutzer und Eigentümer funktionieren.